

Wahlprüfsteine der rheinland-Pfälzischen Landeshochschulpräsidentenkonferenz zur Landtagswahl am 14.3.2021

Antworten des SPD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz

1. Eine hochrangig besetzte Kommission externer Expertinnen und Experten hat 2018 Empfehlungen für ein "Hochschulzukunftsprogramm Rheinland-Pfalz. Potentiale - Herausforderungen - Chancen" erstellt. Ein für uns besonders wichtiger Punkt war der Rat an die Landesregierung mit den Hochschulen mehrjährige Finanzierungsverträge abzuschließen, um auf diese Weise Planungssicherheit zu ermöglichen. Dies ist in den umliegenden Bundesländern seit vielen Jahren gelebte Praxis, während die rheinland-pfälzischen Hochschulen bis heute oft erst unterjährig erfahren, über welche Ressourcen sie im laufenden Jahr verfügen können.

Wie gedenkt Ihre Partei mit dieser Empfehlung künftig umzugehen?

Welche darüberhinausgehenden Empfehlungen möchte Ihre Partei umsetzen und welche nicht?

Im Rahmen des Hochschulzukunftsprogramms (HZP) hat die Landesregierung zahlreiche Empfehlungen der Expertenkommission umgesetzt. So wurde u.a. die Forschungsinitiative des Landes weiterentwickelt und die Laufzeit der entsprechenden Zielvereinbarungen auf 5 Jahre erhöht. Auch mit der dauerhaften Bereitstellung der Mittel des bisherigen Hochschulpakts und 6-jährigen Zielvereinbarungen erhalten die Hochschulen mehr Planungssicherheit.

In Bezug auf die Verstetigung des Hochschulpakts ist die mehrjährige Finanzierung mittels Zielvereinbarungen bereits in der laufenden Legislaturperiode umgesetzt worden. Die SPD setzt sich dafür ein, dass auch die weitere Hochschulfinanzierung in der kommenden Legislaturperiode hinsichtlich Weiterentwicklungsmöglichkeiten und Planungssicherheiten für die Hochschulen überprüft wird.

Weitere Empfehlungen, mit deren Umsetzung bereits begonnen wurde, sollen in den nächsten Jahren verfolgt werden, um den Hochschulstandort Rheinland-Pfalz mit Blick auf aktuelle und künftige Herausforderungen weiterzuentwickeln. Dabei sind die Herausforderungen, die sich aus der COVID19-Pandemie ergeben haben, mit zu bedenken.

Wir möchten daher insbesondere:

Gute Lehre muss allen zugänglich sein. Rheinland-Pfalz ist Vorreiter in der Öffnung von Hochschulen. Wir wollen Türen öffnen und den Hochschulzugang für Studieninteressierte ohne Abitur und Beruflich Qualifizierte ausbauen. Mit der Novellierung des Hochschulgesetzes haben wir hier einen wichtigen Schritt geleistet. Wir wollen die Hochschulen weiter dabei unterstützen, die Offene Hochschule Wirklichkeit werden zu lassen.

Wir wollen gute Arbeit an unseren Hochschulen. Das deutsche Wissenschaftssystem ist historisch bedingt durch befristete Arbeitsverträge geprägt. Mit der Hochschulinitiative für gutes Studium und gute Lehre in Rheinland-Pfalz haben wir bereits dafür gesorgt, dass über 750 Stellen für Studium und Lehre entfristet werden können. Wir setzen uns weiter dafür ein, die Finanzierung der Hochschulen zu stärken und gute und sichere Arbeitsbedingungen zu schaffen. Wir möchten für unseren wissenschaftlichen Nachwuchs in Rheinland-Pfalz Planbarkeit und Zukunftssicherheit gewährleisten.

Die gleichberechtigte Repräsentation von Frauen im Wissenschaftsbetrieb ist uns ein wichtiges Anliegen. Wir wollen die gläserne Decke in Universitäten und Hochschulen durchbrechen und Wissenschaftlerinnen gezielt fördern. Hierzu werden wir die bestehenden Förderprogramme stärken und ausbauen, um die Karrieremöglichkeit von Frauen an unseren Hochschulen zu verbessern.

Wir wollen gute Lehre an den Hochschulen fördern. Die Corona-Pandemie hat uns gezeigt, dass die Digitalisierung an Hochschulen nicht nur wünschenswert, sondern notwendige Voraussetzung für den modernen Lehr- und Forschungsbetrieb ist. Wir setzen uns dafür ein, dass die Mittel für Digitalisierung im Lehrbetrieb erhöht werden und die Möglichkeiten für die Kompetenzentwicklung in der digitalen Lehre ausgebaut werden. Um weitere Anreize zu schaffen, möchten wir in den nächsten fünf Jahren einen Preis für gute digitale Lehre vergeben.

2. Was beabsichtigt Ihre Partei dafür zu tun, dass die Hochschul- und Wissenschaftspolitik im Land einen mit anderen Bundesländern konkurrenzfähigen Stellenwert erhält?

Die Hochschul- und Wissenschaftspolitik besitzt einen hohen Stellenwert in der Landespolitik und ist zentraler Teil der Innovations- als auch der Fachkräftestrategie des Landes. Hochschulen bilden Fach- und Führungskräfte aus, sind Impulsgeber für Innovationen und Zuwanderungsmagnete für kluge Köpfe aus dem In- und Ausland. Sie sind zentrale Akteure, um die digitale, ökologische Transformation in der Wirtschafts- und Arbeitswelt, aber auch in der Gesellschaft erfolgreich zu gestalten. Die Bedeutung von Forschung und Innovation zeigt die COVID19-Pandemie im besonderen Maße. Ohne eine zielgerichtete Förderung eines forschungsfreundlichen Umfeldes wären Erfolge wie der von BioNTech nicht möglich.

Unsere breitgefächerte und differenzierte Hochschullandschaft ist ein wichtiges Attraktivitätsmerkmal. Sie gilt es zukunftsicher aufzustellen und die Hochschulen als zentrale Akteure von Wissensregionen mit hohem Innovationspotenzial zu unterstützen.

Beispielsweise haben sich die Forschungsleistungen und Transferaktivitäten der Hochschulen in den vergangenen Jahren sehr dynamisch und erfolgreich entwickelt. In einzelnen Bereichen sind unsere Hochschulen international besonders konkurrenzfähig. Diese Entwicklung soll weiterhin gezielt gefördert werden und die Hochschulen sollen bei ihrer Profilbildung und bei regionalen sowie überregionalen Forschungsk Kooperationen begleitet werden.

Ausgehend von den jüngsten Erfolgen wollen wir die nächsten Schritte gehen: Wir wollen erfolgreiche KI-Forschung in Rheinland-Pfalz weiterentwickeln und in Richtung Anwendung in der Breite der Hochschulen fördern. Hierzu wollen wir mit einer Reihe von Maßnahmen im Rahmen der rheinland-pfälzischen KI-Agenda, die auch bereits begonnen wurden, beitragen. Dazu gehört neben der gezielten Förderung entsprechender Forschungsprojekte nicht zuletzt eine gezielte Stärkung auf der Ebene der Professuren, beispielsweise durch die Verstetigung eingeworbener Professuren in wissenschaftlichen Wettbewerben oder die Verstärkung der Ausstattung bei Neuberufungen.

Im Bereich Lebenswissenschaften möchten wir Rheinland-Pfalz zu einem weltweit führenden Standort für Biotechnologie ausbauen! Dazu gehört ein Campus für Biotechnologie, der weitere Ausbau des Landesinstituts TRON mit seinen Forschungspartnern wie HI-TRON und die biomedizinische Forschung an der Johannes Gutenberg-Universität, Universitätsmedizin und die außeruniversitäre Forschung. Von der Grundlagenforschung bis zur Entwicklung von Therapien soll es in Zukunft aus Rheinland-Pfalz noch mehr Lösungen für schwere Krankheiten und die drängenden Probleme einer alternden Gesellschaft geben.

3. Wie stellt sich Ihre Partei die künftige Entwicklung der Grundfinanzierung an rheinland-pfälzischen Hochschulen vor und welche konkreten Maßnahmen wird sie in der nächsten Legislaturperiode ergreifen, um dauerhaft eine im Bundesvergleich konkurrenzfähige und verlässliche Finanzierung aller Hochschulen in Rheinland-Pfalz sicherzustellen?

Dies u.a. vor dem Hintergrund, dass sie künftig weitere kostenintensive Aufgaben, etwa im Bereich Nachhaltigkeit und Umwelt, übernehmen sollen?

Mit der Verstetigung des Hochschulpakts haben die Hochschulen sehr viel Planungssicherheit erhalten. Die Umsetzung in RLP mit der Hochschulinitiative hat einen weiteren Grundstein für gute Arbeit an unseren Hochschulen gelegt. Darüber hinaus haben wir mit dem zweiten Nachtragshaushalt ein 50 Mio. Euro Programm für die Digitalisierung unserer Hochschulen auf den Weg gebracht und sie damit für die Anforderungen und Herausforderung im Umgang mit der Corona-Pandemie gut aufgestellt.

Diesen Weg wollen wir in der kommenden Legislaturperiode fortführen: gemeinsam mit den Hochschulen wollen wir das Finanzierungssystem an die Bedarfe der Hochschulen anpassen und weiterentwickeln und für den nationalen und internationalen Wettbewerb gute Rahmenbedingungen schaffen. Das neue Hochschulgesetz betont die Verantwortung der Hochschulen für Nachhaltigkeit und den Umgang mit Ressourcen – als Institutionen und in ihrem Aufgabenspektrum in Forschung und Lehre. Diese

Verantwortung ist keine neue Aufgabe, sondern schreibt das Bekenntnis der Hochschulen zu den Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung und das Hinwirken auf eine bewusste Ressourcennutzung gesetzlich fest. Wir werden die Hochschulen bei der Wahrnehmung dieser Verantwortung unterstützen.

4. Wie will Ihre Partei die rheinland-pfälzischen Hochschulen bei der nachhaltigen Sicherung der digitalen Infrastruktur und der Cybersicherheit unterstützen?

Wir werden die Hochschulen u.a. bei der Weiterentwicklung der IT-Infrastrukturen weiterhin unterstützen und setzen hier insbesondere auf hochschulübergreifende Strukturen und Netzwerke.

Die Unterstützung des Digitalisierungsschubs im Hochschulbereich wurde und wird nicht nur vor dem Hintergrund der COVID19-Pandemie noch einmal deutlich verstärkt, indem wir in den nächsten Jahren die Hochschulen durch Geld aus dem Corona- Sondervermögen massiv unterstützen und andererseits im Rahmen von Bund-Länder-Programmen (Nationale Forschungsdateninfrastruktur / Nationales Hochleistungsrechnen / KI in der Hochschulbildung) seitens des Landes jeweils erhebliche zusätzliche Mittel bereitstellen wollen. Somit können wir hier in den nächsten drei Jahren noch erheblich vorankommen.

5. Wie gedenkt Ihre Partei, den bekannten Sanierungsstau und die strukturelle Unterfinanzierung im Hochschulbau von Rheinland-Pfalz aufzulösen, der zunehmend zu einem Wettbewerbsnachteil im Vergleich zu Hochschulen benachbarter Bundesländer führt und das Land Studierende und damit mittelfristig Fachkräfte kostet?

Gebäude und Infrastruktur unserer rheinland-pfälzischen Hochschulen auf einem modernen und zeitgemäßen Stand sind unverzichtbar für die Weiterentwicklung von Wissenschaft und Forschung. Wir wollen weiterhin in die Modernisierung von Gebäuden und Infrastruktur investieren, wie wir das auch in den vergangenen Jahren an zahlreichen Stellen getan haben.

6. Die Frage eines Promotionsrechts für Hochschulen für angewandte Wissenschaften wird seit Jahren diskutiert. Die Antworten reichen von einem eigenen Promotionsrecht bis hin zu strukturierten Verfahren der kooperativen Promotion gemeinsam mit Partneruniversitäten. Wie positioniert sich Ihre Partei in dieser Frage?

In Rheinland-Pfalz haben wir schon seit einigen Jahren erfolgreich auf das auch im Hochschulgesetz festgeschriebene Instrument der Kooperativen Promotion gesetzt. Durch die Eröffnung der kooperativen Promotion ist es möglich, die Qualität der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses – künftiger Fachkräfte – in den HAW auf hohem Niveau zu sichern und die dortige Forschung weiter auszubauen. Wir wollen die Vereinbarkeit von Lehre und Forschung von der Nachwuchsförderung bis zur Professur an Hochschulen für angewandte Wissenschaften weiter stärken und ausbauen.

Die sichtbaren gemeinsamen Forschungserfolge der HAW und Universitäten zeigen, dass die bestehenden hochschulrechtlichen Rahmenbedingungen eine zuverlässige Basis für den wissenschaftlichen Nachwuchs an HAWs in Rheinland-Pfalz bieten. Durch die hochschulartübergreifende gemeinsame Betreuung beinhalten solche Vorhaben für die HAW eine Bestätigung ihrer Forschungskompetenz und für die universitäre Forschung eine Bereicherung durch den stärker praxisorientierten Blickwinkel.